



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Margit Wild, Angelika Weikert, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen, Martin Güll, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

### Bildungsangebote für alle Flüchtlinge ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein ausreichendes Bildungsangebot für alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, Flüchtlinge und Asylsuchende, die sich im Freistaat aufhalten, zu schaffen.

Die Staatsregierung sorgt dafür, dass allen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, Flüchtlingen und Asylsuchenden je nach Bedarf und dezentral folgende Bildungsangebote offenstehen:

- der Besuch einer Kindertagesstätte
- ein Platz in einer Übergangsklasse
- die Integration in einer Regelklasse vor Ort an allen Schularten
- eine Ausbildung an einer Berufsfachschule
- die unbürokratische Aufnahme und Beendigung einer betrieblichen Ausbildung
- der Besuch eines Alphabetisierungskurses
- die Teilnahme an einem Integrationskurs
- der Besuch eines Sprachkurses.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, die Pädagoginnen und Pädagogen in den Bildungseinrichtungen für den Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern fit zu machen und die Rahmenbedingungen für einen angemessenen Umgang mit der Situation von Flüchtlingskindern mit Familien sowie von unbegleiteten Kindern zu verbessern.

### Begründung:

Bildungsangebote sind der Schlüssel zu einer gelungenen Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Es geht nicht nur darum, die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, menschenwürdig unterzubringen. Sie sollten auch die Chance erhalten, sich wei-

terzuentwickeln und in die Gesellschaft zu integrieren. Dies ist nur durch ausreichende Bildung möglich. Dies gilt von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Auch für den Freistaat ist es wichtig, das Potenzial der Menschen, die zu uns kommen, zu entwickeln. Nicht von ungefähr kommt die Forderung der Handwerkskammern, jungen Asylsuchenden und Flüchtlingen die Durchführung einer betrieblichen Ausbildung zu erleichtern. Denn der Freistaat kann von den oftmals hochengagierten und talentierten Menschen nur profitieren.

Darüber hinaus gilt die allgemeine Schulpflicht bis zum Ende des neunten Schuljahrs auch für alle minderjährigen Flüchtlinge und Asylsuchende, zuzüglich der Berufsschulpflicht bzw. -berechtigung, die bis zum vollendeten 21. Lebensjahr gilt. Der Freistaat ist in der Verantwortung, für ein Schulangebot zu sorgen, das auch dieser Personengruppe die Erfüllung der Schulpflicht ermöglicht. Für diesen Zweck ist auch verstärkt das Angebot von Übergangsklassen an Berufsschulen, beispielsweise nach dem Nürnberger Modell, auszubauen.

Für eine gelungene Integration und die Realisierung einer Willkommenskultur muss der Aspekt der Bildung stärker in den Mittelpunkt der asyl- und flüchtlingspolitischen Maßnahmen und der Beratung des Personenkreises gestellt werden. Gleichzeitig dürfen die Bildungseinrichtungen nicht mit dieser Aufgabe allein gelassen werden. Gerade in Anbetracht der steigenden Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen in Deutschland ist es nötig Maßnahmen zu ergreifen, die vor allem Pädagoginnen und Pädagogen auf den angemessenen Umgang mit traumatisierten Flüchtlingskindern vorbereiten. Kindliche Traumata treten oft in Form von Intrusionen und Re-Traumatisierungen unkontrolliert zu Tage und können somit die ganze Klassengemeinschaft belasten. Deshalb ist es unerlässlich, dass Pädagogen eine trauma-therapeutische Ausbildung erhalten, um für die gesunde Entwicklung der Flüchtlingskinder sowie von deren Mitschüler sorgen zu können. Damit die ergriffenen pädagogischen Maßnahmen auch innerhalb der Familien nicht ins Leere laufen, muss gleichermaßen für konkrete Angebote außerhalb des Schulalltags gesorgt werden, in denen auch auf die Bedürfnisse der Angehörigen reagiert wird. Daneben müssen die Fort- und Weiterbildungsangebote auch in den Bereichen „Deutsch als Zweitsprache“ und interkulturelle Bildung verbessert werden. Bereits in die Ausbildung von pädagogisch Tätigen sollen diese Bereiche stärker integriert werden.